

# DIE WELT

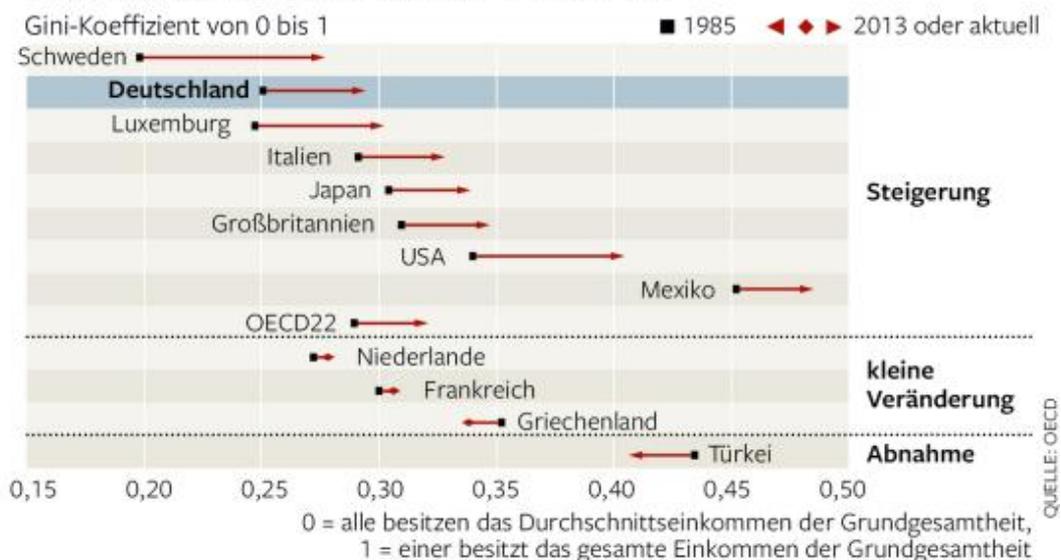
## Deutschlands untere Mittelschicht wird abgehängt

Die OECD mahnt die gewachsene Einkommensungleichheit in Deutschland an. Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu. Die untere Mittelschicht profitiert nicht vom jahrelangen Aufschwung.

Von Tobias Kaiser Wirtschaftsredakteur



### EINKOMMENSUNGLEICHHEIT STEIGT AN



### DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensungleichheit. In vielen Ländern ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie seit 30 Jahren nicht mehr

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schickt einen Warnruf nach Berlin: Hierzulande sei die Ungleichheit seit der Jahrtausendwende stark gewachsen, schreiben Ökonomen der OECD in einer aktuellen Studie der Organisation. Insbesondere profitierten Menschen mit geringeren Einkommen nicht von dem wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahre. "Die untere Mittelschicht in Deutschland droht abgehängt zu werden", warnt Michael Förster, Experte für Verteilung bei der OECD.

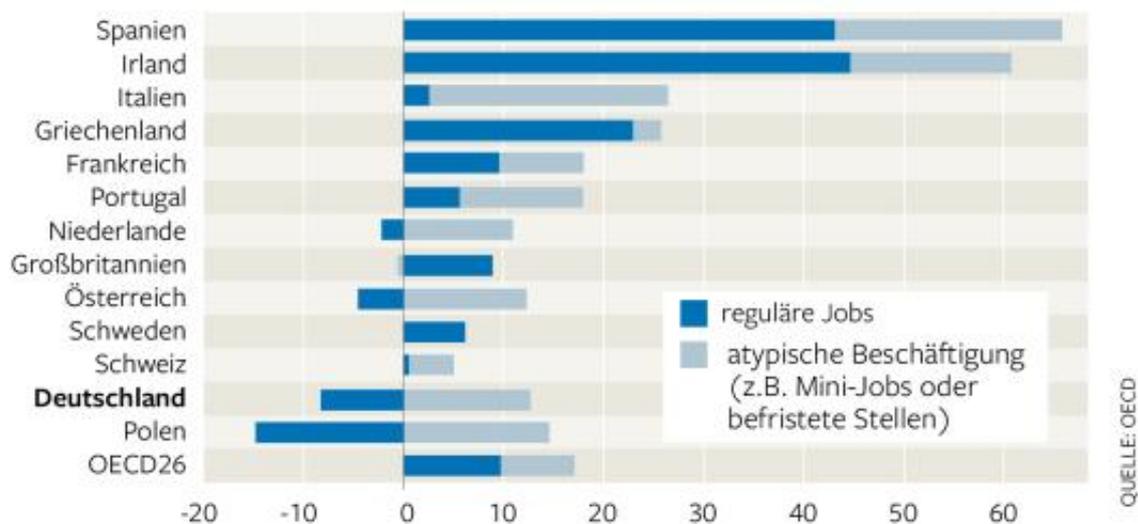
Tatsächlich zeigen die Daten der Organisation, in der sich 34 vorwiegend wohlhabende Industriestaaten zusammengeschlossen haben, dass die Einkommensungleichheit hierzulande seit Anfang der Nullerjahre stark gestiegen ist. Besonders die Zunahme sogenannter atypischer Arbeitsverhältnisse wie Minijobs, Scheinselbstständigkeit und befristete Beschäftigung haben hierzulande zu der gestiegenen Ungleichheit

beigetragen, schreiben die Verfasser. "Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind nicht per se prekär, aber häufig sind sie es eben doch", sagt Förster.

Im Jahr 2013, dem letzten Jahr, das die Forscher untersucht haben, arbeiteten nahezu 40 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland in einer atypischen Beschäftigung. Deutschland liegt damit über dem Durchschnitt aller OECD-Länder. Noch höher ist der Anteil der atypisch Beschäftigten beispielsweise in den Niederlanden oder in der Schweiz. Für die Studie "Gemeinsam an einem Strang – Warum alle von weniger Ungleichheit profitieren" wurden die Verhältnisse in 44 Volkswirtschaften untersucht.

## NEUGESCHAFFENE STELLEN WAREN OFT KEINE REGULÄREN JOBS

Stellenwachstum von 1995 bis 2007 nach Art der Arbeit



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt In Deutschland wurde – auf Kosten von regulären Stellen – atypische Beschäftigung aufgebaut

## Untere Mittelschicht wird trotz des Aufschwungs abgehängt

Selbst der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahr hat die Ungleichheit hierzulande kaum verändert. "Die unteren 40 Prozent der Haushalte sind nicht weiter abgesackt", sagt OECD-Experte Förster. "Aber vom wirtschaftlichen Wachstum haben sie trotzdem nicht profitiert." Die Politik müsse stärker auf diese Gruppe achten, mahnt er. "Es geht nicht nur um die Haushalte, die armutsgefährdet sind, sondern auch um die untere Mittelschicht, die zurückbleibt." Rund acht Prozent der Haushalte hierzulande gelten als arm. Zur unteren Mittelschicht zählen beispielsweise gelernte Arbeiter und Facharbeiter.



#### Armutsbericht

Jedem zehnten Kind fehlt winterfeste Kleidung

Deutschland ist grundsätzlich keine Ausnahme, sondern Teil eines bedauernswerten Trends: In den meisten Ländern, die in der Untersuchung analysiert wurden, ist die Kluft zwischen Arm und Reich, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten, so groß wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Tatsächlich zeigt ein Blick etwas tiefer in die Daten der OECD aber auch, dass Deutschland in den vergangenen Jahren doch eine Sonderrolle gespielt hat: Während die Finanz- und Wirtschaftskrise dafür gesorgt hat, dass die Ungleichheit in vielen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren größer geworden ist, blieb die Einkommensungleichheit hierzulande stabil. So ist der Gini-Koeffizient, das geläufigste Maß für wirtschaftliche Ungleichheit in einer Volkswirtschaft, zwar zwischen 2007 und 2011 gestiegen, seitdem aber wieder gesunken.

Die Armutsquote hierzulande ist seit 2007 ebenfalls weitgehend stabil geblieben: Lag sie im Jahr 2007 noch bei 8,5 Prozent, stieg sie durch die Krisenjahre bis 2011 zunächst an, um dann wieder zu sinken. Im Jahr 2013, dem letzten Jahr, das die Ökonomen berücksichtigt haben, war sie mit 8,4 Prozent sogar geringer als 2007.

## Krise vergrößert Armut in vielen Ländern

Besonders aufschlussreich ist die Berechnung, mit der die OECD-Forscher versuchen, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ungleichheit zu identifizieren. Die Schwelle, ab der ein Haushalt als arm gilt, hängt ab vom Lebensstandard relativ zu anderen Haushalten in der gleichen Volkswirtschaft.

Um die Krisenfolgen zu isolieren, haben die Forscher deshalb die Schwelle aus dem Vorkrisenjahr 2005 als Maßstab genommen, um die Ungleichheit zu messen. "Dieses Verfahren vermittelt einen stärkeren Eindruck davon, wie sich der Lebensstandard armer Menschen verändert hat, als das übliche Armutsmaß, bei dem sich die Armutsschwelle jedes Jahr verändert", schreiben die Forscher.

Es geht nicht nur um die Haushalte, die armutsgefährdet sind, sondern auch um die untere Mittelschicht, die zurückbleibt

Die Ergebnisse dieser Betrachtungsweise sind allerdings dramatisch: Demnach stieg die so verankerte Armutsquote in der gesamten OECD zwischen 2007 und 2011 um mehr als einen Prozentpunkt auf 9,4 Prozent. Im schwer angeschlagenen Krisenland Griechenland war sie im Jahr 2011 mehr als doppelt so hoch und war auf 27 Prozent gestiegen. In Spanien stieg sie auf 18 Prozent und verdoppelte sich damit beinahe.

Gleichzeitig veränderte sich das Altersprofil der Armut: Waren zuvor die Älteren diejenigen mit dem größten Armutsrisiko, sind es heute die jungen Menschen. Auch dafür ist offenbar die Finanz- und Wirtschaftskrise und ganz besonders die Schuldenkrise in der Euro-Zone verantwortlich.

In Deutschland allerdings, das sich seit dem Jahr 2007 in einem Aufschwung befindet, der von der Wirtschaftskrise unterbrochen wurde, ist die umgekehrte Entwicklung zu beobachten: Seit dem Jahr 2007 ist die sogenannte verankerte Armutsrate massiv gesunken, und zwar von 9,2 Prozent auf 7,9 Prozent. Wie man die Entwicklung der Ungleichheit hierzulande betrachtet, hängt also auch vom Zeithorizont ab: In den vergangenen 15 Jahren ist sie gestiegen, betrachtet man aber nur die vergangenen fünf Jahre, ist sie stabil.

## **Umstrittene Folgen von Hartz-IV-Gesetzen**

Zur Erklärung dieser Entwicklungen genügt ein Schlagwort: Hartz IV. Die nach der Jahrtausendwende eingeleiteten Reformen, mit denen Sozialtransfers gekürzt wurden und die rechtlichen Grundlagen für die stark gewachsene Zahl atypischer Beschäftigungen gelegt wurden, haben aus Sicht vieler Ökonomen einen rapiden Anstieg der Ungleichheit hierzulande zur Folge.

OECD-Experte Förster sieht die Hartz-Reformen allerdings positiver: Nach der Jahrtausendwende sei Deutschland in der OECD das Land mit den zweitmeisten Menschen ohne Beschäftigung gewesen. Darauf hätte die Politik mit den Hartz-Reformen reagiert. "Die Hartz-Reformen haben dazu beigetragen, dass sich die Situation in Deutschland nicht verschlechtert hat. Aber sie haben auch dafür gesorgt, dass die Entwicklung stockt", sagt er. Nicht zuletzt gelten der OECD die Hartz-Reformen auch als ein Grund dafür, dass die deutsche Wirtschaft ohne größere Blessuren und ohne große Arbeitsplatzverluste durch die Krise gekommen ist.

Ungleichheit, schreiben die Autoren der Untersuchung, habe nicht nur gesellschaftliche Konsequenzen, sondern auch sehr greifbare wirtschaftliche Folgen. Nach ihren Berechnungen hat die in den vergangenen 30 Jahren gestiegene Ungleichheit dazu geführt, dass die Wirtschaft in 19 OECD-Ländern zwischen 1990 und 2010 um 4,7 Prozentpunkte weniger stark gewachsen ist als es bei unveränderter Verteilung der Fall gewesen wäre.

Gesellschaften, in denen auch größere Teile der Mittelschicht abgehängt seien, nutzen nur einen Teil ihres Potenzials, vor allem weil es für Menschen aus schwächeren sozialen Schichten schwieriger sei, eine gute Bildung zu bekommen und sozial aufzusteigen.

***Die Studie auf der Website der OECD: [www.oecd.org/berlin/publikationen/in-it-together.htm](http://www.oecd.org/berlin/publikationen/in-it-together.htm)***